

Editorial

Was tun, wenn die Gentechnik kommt? Diese Frage stand im Zentrum der agrarpolitischen Debatte des vergangenen Jahres und bildet auch einen Schwerpunkt im diesjährigen Kritischen Agrarbericht. Nicht nur die Ökobauern, auch rund 70 Prozent der konventionellen Landwirte sehen keinen Sinn und Nutzen in der Agro-Gentechnik. Gleich hoch ist der Anteil der Verbraucherinnen und Verbraucher, die den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der Land- und Lebensmittelwirtschaft ablehnen. Das Thema Gentechnik mobilisiert, polarisiert und schafft Einigkeit: Seit Jahren schon gab es keine vergleichbar breit angelegte agrarpolitische Bewegung – mit den Bauern an der Spitze und als treibende Kraft.

Dessen ungeachtet hat die EU-Kommission 2004 das europaweite Moratorium, das sechs Jahre lang für die Zulassung und Vermarktung von Gempflanzen galt, aufgehoben. Das bundesdeutsche Gentechnikgesetz, um dessen Novellierung in den letzten Monaten intensiv gerungen wurde, soll dem prinzipiellen Ja der EU zu einem zukünftigen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen einen konkreten und möglichst restriktiven Rechtsrahmen geben. Die Bürgerinnen und Bürger sollen auch in Zukunft die „freie Wahl“ haben, sich für oder gegen Gentechnik auf dem Acker oder Teller zu entscheiden.

Ein viel versprechender Ansatz, diese Wahlfreiheit zu ermöglichen, ist die Einrichtung gentechnikfreier Zonen bzw. Regionen. Im November 2003 entstand der erste dieser Zusammenschlüsse von Landwirten, mittlerweile sind es bereits über 50 breite zivilgesellschaftliche Bündnisse, die sich angesichts ungeklärter ökonomischer, gesundheitlicher und ökologischer Risiken und des zweifelhaften Nutzens gegen den Einsatz der Gentechnik aussprechen und in ihrer Nachbarschaft und Region entsprechende Vorkehrungen treffen.

Überall dort jedoch, wo ein Nebeneinander von Landwirtschaft mit und ohne Gentechnik stattfinden soll, gewinnt die Frage der „Koexistenz“ an Brisanz. Wie kann ein solches Nebeneinander in der Praxis funktionieren? Kann eine gentechnikfreie Landwirtschaft überhaupt langfristig sichergestellt werden? Ist nicht zu befürchten, dass es trotz aller Vorsichtsmaßnahmen und Koexistenzregelungen zu einer schleichenden Vermischung und „Kontamination“ kommen wird – auch über landwirtschaftlich genutzte Flächen hinaus? Welche Verpflichtungen, Maßnahmen und Kosten kommen auf die Landwirte, Behörden und auf die Lebensmittel-

wirtschaft zu? Und wer haftet für ökonomische und ökologische Schäden?

Angesichts der Brisanz dieser Fragen haben wir uns entschlossen, im diesjährigen Kritischen Agrarbericht die *Agro-Gentechnik* ins Zentrum zu rücken. Allein 17 Beiträge sind dem Thema gewidmet. Einige von ihnen dokumentieren zugleich die Tagung „Gentechnikfreie Regionen und ‚Koexistenz‘“, die das AgrarBündnis gemeinsam mit der Zukunftsstiftung Landwirtschaft am 22./23. Juni 2004 in Berlin veranstaltet hat und die von rund 170 TeilnehmerInnen aus dem In- und Ausland besucht wurde.

Zwei weitere Veranstaltungen, die stärker der *sozialen Frage* gewidmet waren, sind ebenfalls in diesem Bericht dokumentiert. Zum einen ein Fachgespräch über Existenzgründungen in der Landwirtschaft, zu dem am 23. September 2004 in Kassel das AgrarBündnis unter dem Titel „Loslassen – Abgeben – Neugründen“ eingeladen hatte (siehe hierzu S. 71–75 und 263–266). Zum anderen die AgrarBündnis-Tagung „Biomarkt und soziale Lage“, die am 4./5. Oktober 2004 in Fulda stattfand (siehe hierzu S. 61–70).

Darüber hinaus haben wir wieder versucht, das ganze Spektrum an Themen und Problemstellungen zu behandeln, die für Landwirtschaft und Verbraucherschaft sowie für Umwelt-, Natur- und Tierschutz von Bedeutung sind: von „A“ wie Agrarreform und deren nationaler Umsetzung bis „Z“ wie die anstehende Reform des Zuckermarktes.

Danken möchten wir an dieser Stelle den im Impressum (siehe links) genannten Stiftungen und Organisationen sowie den Institutionen des Bundes, die in diesem Jahr die Arbeit am Kritischen Agrarbericht finanziell mit ermöglicht haben. Dank gebührt auch und vor allem wieder allen Beteiligten, insbesondere den Autorinnen und Autoren, für das engagierte Mitwirken am Zustandekommen dieses agrarpolitischen Jahrbuchs.

Für die Redaktion:

Manuel Schneider, Andrea Fink-Kefler,
Friedhelm Stodieck

Für den Vorstand des AgrarBündnis:

Heidrun Betz, Friedrich von Homeyer,
Ulrike Ottenottebrock-Völker, Hubert Weiger

München, 1. Dezember 2004